

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Elektromobilität im Land Bremen fördern**

Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV und Verkehrsvermeidung sind wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Mobilität. Die Zukunft der Mobilität hängt aber auch davon ab, alternative Antriebstechnologien zu entwickeln und einzusetzen, die

- möglichst wenig klimaschädliche Emissionen (insbesondere CO<sub>2</sub>) emittieren,
- möglichst wenig gesundheitsschädliche Stoffe (z. B. Feinstaub, Stickoxide) produzieren,
- nicht auf Basis von fossilen Energieträgern (Erdöl, Erdgas), sondern von erneuerbaren Energiequellen (Wind, Sonne, Wasser usw.) betrieben werden.

Zur Verminderung der Erdölabhängigkeit und zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität durch die Reduzierung von Schadstoffen, CO<sub>2</sub>-Emissionen und Lärm insbesondere in Großstädten bieten Fahrzeuge mit elektrischen beziehungsweise elektrifizierten Antrieben (Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge) beste Voraussetzungen und ein enormes Zukunftspotenzial. Elektromobilität umfasst dabei neben den Elektro-Pkw auch Busse und Bahnen des ÖPNV, Nutzfahrzeuge sowie Elektrofahrräder (sogenannte Pedelecs).

Das Ziel der Bundesregierung ist es, Deutschland durch innovative Projekte zum Leitmarkt für Elektromobilität zu entwickeln. Gemäß dem im August 2009 noch von der Großen Koalition verabschiedeten Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität sollen bis zum Jahr 2020 eine Million Fahrzeuge mit Elektroantrieb auf deutschen Straßen fahren. Bis 2050 soll der Verkehr in Städten weitgehend ohne fossile Brennstoffe auskommen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss eine bedarfsgerechte Infrastruktur für das Laden der Fahrzeuge geschaffen werden. Kurzfristig sollen dazu laut Entwicklungsplan praxisorientierte Projekte zur Elektromobilität im öffentlichen Raum initiiert werden. Dies beinhaltet integrierte Mobilitätskonzepte in einer begrenzten Anzahl auszuwählender Modellregionen. Als eine von acht Modellregionen Elektromobilität konnte sich die Region Bremen–Oldenburg im bundesweiten Wettbewerb durchsetzen, der im Rahmen des Konjunkturprogramms II mit Mitteln in Höhe von insgesamt ca. 115 Mio. € ausgestattet ist.

Trotz des vielerorts großen Interesses an Elektromobilität bedarf es insbesondere zu Beginn und aufgrund der derzeit noch relativ höheren Investitionskosten bei Elektrofahrzeugen zusätzlicher Anreize, um potenzielle Anwender/-innen für solche ökologisch sinnvolleren Mobilitätslösungen zu gewinnen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept mit Strategien zur Partizipation an der wachsenden Zukunftstechnologie Elektromobilität zu erarbeiten, das beschreibt, wie die Elektromobilität in Bremen unter Berücksichtigung der Entwicklung der regionalen Wertschöpfung gefördert werden und welche Rolle die Elektromobilität auch in der langfristigen Perspektive über 2020 hinaus spielen soll. Die planerische Förderung von Elektromobilität soll dabei systematisch mit der Weiterentwicklung der Energieversorgung verknüpft werden und u. a. folgende Punkte umfassen:

1. Wirtschaftliche und Arbeitsmarktpotenziale für Bremen und Bremerhaven und die Metropolregion Bremen–Oldenburg insgesamt,
2. Unterstützung entsprechender Forschungsvorhaben und Netzwerkbildung zwischen Wissenschaft, lokalen Stromerzeugern, Windenergieanlagenherstellern, Fahrzeugherstellern, Zulieferern, Logistikunternehmen usw.,
3. Einrichten einer Stromversorgungsinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Raum, z. B. in Parkhäusern und auf öffentlichen Parkplätzen, die sich aus regenerativ erzeugtem Strom speist,
4. Prüfung, ob der Einsatz von besonders CO<sub>2</sub>- und schadstoffarmen Fahrzeugen (z. B. entsprechende Elektrofahrzeuge) als Kriterium bei der Ausschreibung von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen herangezogen werden kann,
5. Förderung des Einsatzes von Elektroautos und Elektrofahrrädern bei geeigneten Dienstleistungsbetrieben und Flottenbetreibern und der Verbindung mit Mietmobilität (z. B. Carsharing, Taxiverkehr) durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen,
6. Unterstützung der Verbindung von Elektromobilität und zusätzlichen regenerativen Stromerzeugungskapazitäten u. a. durch Berücksichtigung im Rahmen landesrechtlicher Baubestimmungen und der Aufstellung von Bebauungsplänen (z. B. Fotovoltaikanlagen auf Großparkplätzen),
7. Unterstützung der Entwicklung einer eigenständigen Umweltplakette (Null-emissionsplakette) für Elektroautos in Umweltzonen,
8. Bemühungen auf Bundesebene für befristete, attraktive Investitionshilfen für besonders CO<sub>2</sub>- und schadstoffarme Fahrzeuge (insbesondere auch Elektrofahrzeuge) im Rahmen eines Marktanreizprogramms.

Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt, Reimund Kaspar,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD